

Keine März-Revolution

Keine Frage – ein Jahr nach dem 53 %-Ergebnis von Nicolas Sarkozy bei den Präsidentschaftswahlen müssen nun die bürgerlichen Parteien ihre Popularität etwas relativieren. Und die Parteien aus dem linken Lager haben durchaus Grund, sich über Gewinne bei den letzten Kommunalwahlen im März zu freuen. In den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sind die linken Mehrheiten weit in der Überzahl (25 gegen 12). Aber auch da gilt es, die Euphorie des Sieges im Zaum zu halten. Dass die Sozialisten von einer Wahlschlappe der Regierung und einem Denkkzettel für Sarkozy sprechen, mag zwar legitim erscheinen. Keineswegs entspricht dies jedoch der ganzen politischen Realität. Ein Erfolg der Linken, ja. Eine Lawine gegen den Präsidenten, mitnichten. Die März-Revolution hat nicht stattgefunden.

Es gibt immer verschiedene Methoden, Wahlergebnisse so zu interpretieren, dass jeder als Sieger beziehungsweise als Nicht-Verlierer herauskommt. Eine davon ist jedenfalls unumstritten, nämlich der direkte Vergleich mit den vorherigen Wahlen – nicht etwa mit den Präsidentschaftswahlen von 2007, sondern mit den Kommunalwahlen von 2001. Damals hatten die bürgerlichen Parteien in so vielen Städten gewonnen, dass eine Bestätigung dieser konservativen Welle ohnehin kaum realistisch erschien.

Gewöhnlich haben Denkkzettel aber eine ganz andere Farbe. Die niedrige Wahlbeteiligung spricht eher für ein Desinteresse der Wähler. Viele zum Teil enttäuschte Sarkozy-Wähler sind diesmal zu Hause geblieben, statt ihren Unmut durch Seitenwechsel auszudrücken. Die Opposition hat sicherlich davon profitiert, aber nur bedingt: Haus hohe Ergebnisse auf dieser Seite sind nämlich kaum festgestellt worden. Wer das Gesamtergebnis pauschal, also national, betrachtet, vergisst dabei, dass insgesamt mehr als 500 000 Ratsmitglieder in 36 782 Gemeinden (darunter fast 32 000 mit weniger als 2 000 Einwohnern) gewählt worden sind – meistens ohne Parteibuch. Wer die Niederlage der Regierungspartei als Kritik an der

Regierungspolitik interpretiert, vergisst dabei, dass fast alle Minister und Staatssekretäre, die auf kommunaler Ebene kandidiert hatten, gewählt beziehungsweise wiedergewählt worden sind: Ein politischer Tsunami sieht anders aus.

Nun werden Erinnerungen wach: Als 2004 die Sozialisten 20 der 22 Regionalparlamente eroberten, wurde ein Umschwung in der politischen Landschaft prognostiziert – kaum zwei Jahre später verlor die PS-Kandidatin Ségolène Royal dennoch den Kampf um den Elysée-Palast – diesmal bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung. Sarkozy werden also rhetorische Drohgebärden der linken Bürgermeister nicht um den Schlaf bringen. Er weiß: Wenn die Wähler tatsächlich vehement gegen seine Reformpolitik gewesen wären, dann hätten sie ihren Protest wesentlich deutlicher zum Ausdruck gebracht. Ernste Proteste sind in Frankreich selten zimperlich. Die lokalen Ergebnisse von März sind allenfalls eine Alarmlöcher – mehr für den Präsidenten als für seine Regierung. Nicht nur Reformen wollen die Franzosen, sondern auch deutliche Ergebnisse. Eben diese fehlen schmerzhaft seit einem Jahr, meinen die Wähler.

Alle sind nun gefragt: Die Bürgermeister sollen nun beweisen, dass sie nicht nur zahnlose Papier tiger ohne nationale Machtbefugnisse sind – schwierig. Auf der Suche nach einer neuen Führung sollen die Sozialisten nun ihren Erfolg in ein politisches Programm umsetzen, das noch ohne scharfe Konturen ist – nicht einfach. Die Regierung wiederum soll zeigen, dass sie nicht nur plant, sondern auch etwas erreicht – die eigentliche Herausforderung. Und der Präsident muss lernen, dass er nicht der Regierungschef ist, sondern der höchste Repräsentant des Staates – und in dieser Eigenschaft sollte er persönlich auf Form und Inhalt des Amtes, auf Stil und Sprache seiner Funktion achten. Denn auch dies ist ein Ergebnis der Kommunalwahlen von März 2008: Die Franzosen wollen keine andere Republik, sondern die Rückkehr von präsidialer Würde.

Gérard Foussier